

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IM FRÜHJAHR 1957

Preispolitik

In der Preiskussion, die gegenwärtig im Brennpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses steht, laufen wirtschaftliche und politische Argumente so verwirrend durcheinander, daß es fast unmöglich ist, zwischen Propaganda und ökonomischer Wahrheit zu unterscheiden. Die Preise seien bei einer etwas längerfristigen Betrachtung des gesamten Preisniveaus bei weitem nicht so stark gestiegen, wie dies häufig angenommen werde. Auf längere Sicht könne insbesondere nicht von einem permanenten Anstieg gesprochen werden. So beurteilte die Bank deutscher Länder (BdL) Ende Februar die Lage¹⁾, um dann Ende März fortzufahren²⁾, daß auch für die jüngste Vergangenheit von einer Intensivierung des Preisauftriebs nicht die Rede sein könne. Im Gegenteil ergebe sich eher der Eindruck eines zumindest vorläufigen Nachlassens der Preissteigerungen. Die Grundstoffpreise, die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und auf der Konsumentenebene vor allem die Nahrungsmittelpreise seien im Durchschnitt leicht gesunken. Dem stehe jedoch bei der Mehrzahl der industriellen Halbwaren- und Fertigerzeugnisse, besonders soweit es sich um Konsumgüter handle, ein weiterer Preisanstieg gegenüber, der im allgemeinen allerdings nicht so stark gewesen sei wie in den vorangegangenen Monaten. Die Notenbank fügte dieser Darstellung die Warnung hinzu, daß namentlich im Konsumgüterbereich mit dem für April erwarteten Nachfragestoß aus der Rentenreform bei gleichzeitigen neuen Lohnerhöhungen mit einer abermaligen Verstärkung der Preisauftriebstendenzen zu rechnen sei.

Das relativ günstige Bild, das sich im Februar dargeboten hat, ist in erster Linie auf saisonale Einflüsse zurückzuführen. Wenn man die Produktions- und die Preisentwicklung dieses Monats in den Jahren 1957 und 1956 miteinander vergleicht, kommt man leicht zu falschen Schlußfolgerungen. Im letzten Jahr hatten wir einen unerwartet kalten Winter, der zu starken Produktionseinschränkungen in den witterungsabhängigen Unternehmen und deren Zulieferbetrieben und zu krassen Preissteigerungen vor allem für Lebensmittel führte, während in diesem Februar bereits die Früh-

jahrsbelebung einsetzte und das warme Wetter gleichzeitig preisdämpfend wirkte. Inwieweit hier außer den saisonalen Faktoren konjunkturelle Einflüsse spürbar waren, die zu einer anhaltenden Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit führen, ist noch nicht eindeutig zu erkennen. Der Produktionsanstieg in der Industrie war mit 12 vH gegenüber dem Februar 1956 immerhin sehr beträchtlich. Selbst bei der Investitionstätigkeit, die sich zwar auf hohem Niveau bewegt, von der Verlangsamung des Wachstums aber am meisten betroffen ist, haben sich kräftigere Impulse bemerkbar gemacht. Die Erzeugung hob sich im Investitionsgüterbereich gegenüber dem Vorjahr um 7,3 vH, in den Grundstoffindustrien waren es 17,2 vH und in den Konsumgüterindustrien 13,2 vH. Als Faktum bleibt auf jeden Fall bestehen, „daß der allgemeine Fortschritt, für dessen Tempo der Zuwachs der industriellen Erzeugung zwar einen wichtigen, aber nicht den alleinigen Faktor darstellt, sich nicht weiter verlangsamt . . . hat“³⁾. Im März konnte die Industrieproduktion gegenüber Februar allerdings nur ganz knapp gehalten werden. Gegenüber dem März des Vorjahres war sie insgesamt um 5,9 vH höher, bei den Verbrauchsgütern um 8,5 und bei den Investitionsgütern nur um 2,5 vH. .

Daß die Preissteigerungen in der Bundesrepublik im Verhältnis zu beinahe allen anderen Ländern gering sind, ist nur ein schwacher Trost. Vom Januar 1956 bis Januar 1957 sind die Preise für Grundstoffe im Durchschnitt um 2,9 vH gestiegen, die Erzeugerpreise der Industrie um 3,2 vH, die Einzelhandelspreise um 2,6 vH und die Kosten der Lebenshaltung dem offiziellen Index zufolge um 2,2 vH. Innerhalb von zwei Jahren haben sich die Daten um 5,6, 5,1, 2,9 und 3,8 vH verändert. Der Preisindex für den Wohnungsbau liegt um 3,1 vH höher als vor einem Jahr und um 6,5 vH über dem vor zwei Jahren. Auch die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte haben sich gegenüber Anfang 1956 um 3,6 vH erhöht, gegenüber Anfang 1955 um 6,5 vH und in den letzten drei Jahren sogar um 11,7 vH⁴⁾.

Inzwischen sind weitere Preissteigerungen eingetreten. Der Brotpreis ist erhöht worden. Die Landwirtschaft hat Preiserhöhungen für Eier, Fleisch und Fette angemeldet, obwohl die staatlichen Subventionen, die auf Grund des Grünen Planes gewährt werden, im Landwirtschaftsjahr 1957/58 mit 1,2 Md. DM mehr als doppelt so hoch sein werden wie im vergangenen. Der Zentralverband des Milchhandels hat eine Aufbesserung der Handelsspannen für lose Frischmilch gefordert. Auf dem Textilmarkt haben die Preise bis zu 15 vH ange-

1) Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Februar 1957, S. 29.
2) Monatsberichte der BdL, März 1957, S. 27.

3) Vgl. Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Nr. 16 vom 18. April 1957, S. 2.
4) Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 31. März 1957, Blatt 11; Der Volkswirt, Nr. 11/1957, S. 483.

zogen. Diese Korrekturen wurden mit der Suezkrise, mit Lohnerhöhungen und dann aber auch mit Kalkulationsaufbesserungen begründet, die durch die lebhaftere Nachfrage ermöglicht wurden. Auf der Frankfurter Messe sind die Preise gegenüber dem Frühjahr 1956 um 5 bis 20 vH nach oben korrigiert worden. Es ist eindeutig, daß die Spekulation auf die Realisierung höherer Gewinnchancen auf Grund der Kaufkraftsteigerungen infolge von Lohnerhöhungen und der Nachzahlungen im Rahmen der Rentenreform die ausschlaggebenden Triebkräfte der jüngsten Preishausse waren.

Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Lohnsummenstatistik betrogen die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeiter (ohne Bergbau) im November 1956 219,3 Pf, die der weiblichen Arbeiter 140,6 Pf. Sie lagen damit um 2,7 vH bei den Männern und um 2,4 vH bei den Frauen über den Bruttostundenverdiensten im August 1956. Insgesamt dürfte gegenwärtig für etwa 7 Millionen Arbeitnehmer eine verkürzte Arbeitszeit gelten⁵⁾.

Angesichts der zurückgegangenen Anteile der Löhne und Gehälter an den Umsätzen können diese Kosten bei weitem nicht derart ins Gewicht fallen, daß Preissteigerungen des jetzigen Ausmaßes damit gerechtfertigt wären. Im Jahre 1956 entfielen in der Industrie auf 100 DM Umsatz 18,7 DM Löhne und Gehälter. Wie das Statistische Bundesamt mitgeteilt hat, ist der Lohnanteil am Umsatz, der sich in den Jahren 1953 bis 1955 laufend verringert hatte (von 18,5 auf 17,7 vH), neuerdings zwar wieder etwas gestiegen, liegt aber immer noch unter der Quote des Jahres 1953. Die Preiskalkulation wird also nicht entscheidend durch Löhne und Gehälter beeinflusst. Nicht zu vergessen ist, daß die Industrie in den beiden ersten Monaten dieses Jahres nach Angaben des WWI der Gewerkschaften im Durchschnitt eine Produktivitätssteigerung von 7 vH zu verzeichnen hatte. Sie schwankt zwischen etwas über 4 vH im Bergbau bis zu mehr als 10 vH bei den Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrien.

Für das zweite Quartal 1957 wird mit einer Zunahme des Gesamtbetrages der Sozialrenten und der sonstigen Unterstützungsleistungen um rund 1,5 Md. DM gerechnet, während diese Einkommen im gleichen Zeitraum des Vorjahres um rund 150 Mill. DM zurückgegangen sind. Hinzu tritt eine Steigerung des Netto-Arbeitseinkommens um ebenfalls rund 1,5 Mill. D-Mark, so daß insgesamt eine Vermehrung des Masseneinkommens in der Größenordnung von 3 Md. DM zu erwarten ist. „Sicher wird es nicht leicht sein, die Produktion dieser und der weiteren Entwicklung des Verbrauchs ohne weiteres anzupassen. In den meisten Industrien sind die Produktionskapazitäten weitgehend ausgelastet; außerdem wird die ständig weitere

Kreise ziehende Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitskräfteengpaß noch fühlbarer machen“⁶⁾.

Wie die BdL, so befürchtet auch das Bundeswirtschaftsministerium, daß diese Nachfragewelle auf ein Angebot stößt, das aus der inländischen Produktion allein nicht so stark erhöht werden kann, wie es notwendig wäre, um einen weiteren Preisanstieg auf den Konsumgütermärkten zu verhindern. Die Vermutung, daß die Kapazitäten der Verbrauchsgüterindustrien bereits ausgelastet seien, dürfte jedoch nicht ganz zutreffen. Trotz der im Februar erzielten ungewöhnlich günstigen Produktionsergebnisse (der Index der Industrieerzeugung ist nur um 9 vH hinter der Saisonspitze im November 1956 zurückgeblieben), war noch keineswegs eine volle Ausnutzung der Kapazitäten vorhanden. Die Verbrauchsgüterproduktion allein hatte im Februar einen Stand von 208,2 (1936 = 100), im November 1956 waren es 232,1. Die Kapazitätsgrenzen sind also nicht so eng, wie immer behauptet wird.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist sehr wohl in der Lage, eine erhöhte Nachfrage nach Konsumgütern zu befriedigen, zumal die Verbrauchernachfrage im ersten Viertel dieses Jahres keineswegs überhöht war und — wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin nachweist — „auch der Verbrauchstoß im letzten Viertel des vergangenen Jahres die Lager des Handels nicht in dem ursprünglich erwarteten Ausmaß reduziert hat“. So spreche alles dafür, daß die Verbrauchswelle auf ausreichende Lagerbestände des Handels stoßen wird. Bei der zusätzlichen Verbrauchernachfrage handelt es sich zudem nicht um beängstigende Größenordnungen. Unter Berücksichtigung der tatsächlich nicht optimal ausgelasteten Kapazitäten der Verbrauchsgüterindustrien könne die Mehrnachfrage von der Angebotsseite her ohne ins Gewicht fallende Preissteigerungen bewältigt werden. Doch bleibe „bei der unverkennbaren Neigung der Wirtschaft, Kostensteigerungen jetzt in den Preisen weiterzugeben, die Gefahr bestehen, daß auch diesmal wieder die vorgesehenen autonomen Einkommenserhöhungen Anlaß zu erhöhten Preisforderungen geben, die sich zunächst auch durchsetzen lassen.“⁷⁾

Gegen diese Gefahr zieht der Bundeswirtschaftsminister mit schwerem Geschütz zu Felde. In diesem Jahr ist es natürlich besonders unangenehm, wenn sich die Spielregeln der Marktwirtschaft allzusehr zuungunsten der breiten Verbraucher- und Wählerschichten auswirken. Es ist verständlich, daß Prof. Erhard, der in dieser Frage der vollen Unterstützung

5) Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 70 vom 11. April 1957, S. 614,

6) Monatsberichte der BdL, März 1957, S. 27.

7) Wochenbericht des DIW, Nr. 16 vom 18. April 1957, S. 2; Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft Nr. 1/1957, S. 10.

des Bundeskanzlers sicher ist, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Maßhalten auffordert. Es ist ihm damit zunächst gelungen, 58 große Markenartikelfirmen zu bewegen, ihre Preise bis zum Ende des Jahres nicht mehr zu steigern. Eines der „maßhaltenden“ Unternehmen hat kurz vor Veröffentlichung der halbseitigen Anzeigen in der Tagespresse allerdings vorsichtshalber noch die Preise für einige seiner Artikel erhöht. Auch mit führenden Kaufhäusern, mit der Eisen- und Stahlindustrie, mit der Schuhindustrie und Teilen der Baustoffindustrie sollen Stillhaltevereinbarungen getroffen worden sein. Das ist ein vorläufiger Erfolg der vielgelästerten Seelenmassage, der leider durch die zeitliche Begrenzung der preispolitischen Ruhe wesentlich abgewertet wird. Man merkt hier gar zu deutlich die Absicht, vor den Wahlen die Gemüter nicht mehr unnötig in Wallung zu bringen. Nachher brechen die zurückgestauten Preise dann wie eine Sturmflut über uns herein, wenn nicht in der Zwischenzeit eine konstruktive Wirtschaftspolitik betrieben wird. Wenn bei den Verbrauchern die Bereitschaft zum Sparen wächst — die neueren statistischen Daten über die Entwicklung der Spartätigkeit deuten durchaus in diese Richtung — dann wird von dieser Seite ein nicht zu unterschätzender Beitrag für die Stabilisierung des Preisniveaus geleistet werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Erhard seine Stillhaltepolitik ausgerechnet in zwei bundeseigenen Unternehmen nicht durchsetzen konnte. Das Bundeskabinett hat beschlossen, es bei der Verteuerung der Tarife bei den Bahn- und Postautobussen von 6 auf 7,5 Pf je Kilometer zu belassen.

Ausfuhrüberschüsse - Zollpolitik

Die Hauptquelle der Gefahren für das Preisniveau liegt aber in den nach wie vor anhaltenden Ausfuhrüberschüssen. Im März hat die Bundesrepublik einen Rekordüberschuß von 536 Mill. DM erreicht. Der Aktivsaldo im März vergangenen Jahres betrug demgegenüber nur 174 Mill. DM, während er sich im Februar 1957 auf 296 Mill. DM belief. Dieser Überschuß liegt um 7 vH über der bisherigen Spitze vom Dezember 1956. Im ersten Vierteljahr 1957 ist die Einfuhr, verglichen mit dem entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres, um 25,2 vH auf 7,7 Md. DM und die Ausfuhr um 28,5 vH auf 8,4 Md. DM gestiegen. Die im Zusammenhang mit dem Auslandsgeschäft geführten Devisenpositionen der BdL wiesen Anfang April 19,08 Md. DM aus. Hinzu kommt, daß die Zentralbankeinlagen der öffentlichen Hand im März trotz des großen Steuertermins abgenommen haben. Dem innerdeutschen Geldkreislauf sind also wieder gewaltige Mittel zugeflossen, denen keine realen

Güterwerte gegenüberstehen und die auch nicht, wie noch vor einem Jahr, durch entsprechende Geldstillegungen der öffentlichen Hand kompensiert werden. Die beinahe unvermeidliche Folge ist eine allgemeine Preissteigerung; „der Lohnauftrieb ist nur Zwischenglied.“⁸⁾

Unter solchen Umständen versprechen die vom Bundeswirtschaftsministerium geplante Zollsenkung und die weiteren Liberalisierungsmaßnahmen eine Milderung der Spannungen in zweierlei Hinsicht: Einmal kann das Preisklima etwas beruhigt werden, vorausgesetzt daß die Zollsenkungen rigoros genug sind. Zum anderen kann die durch die Verwirklichung dieser Absichten zu erwartende Erhöhung der Einfuhr die Gefahr vermindern, daß unsere Handelspartner eines Tages zu Importrestriktionen schreiten. Die extreme deutsche Oberschußposition muß bei manchen Staaten zwangsläufig zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten führen, die letzten Endes nur durch solche Einschränkungen ausgeglichen werden können.

Im März sind als erste konkrete Maßnahmen u. a. offene Ausschreibungen für Textil- und Lederwarenimporte aus dem Dollarraum sowie für Zellwoll- und Baumwollgewebe aus Japan und anderen afrikanisch-asiatischen Gebieten eröffnet worden. Man rechnet in diesem Rahmen mit zusätzlichen Importen von 200 bis 250 Mill. DM. Außerdem ist die Importlagerhaltung durch Abschreibungsvergünstigungen erleichtert worden. Gesprochen wurde auch von der Senkung der Umsatzsteuerrückvergütung für Exporteure. Kann man sich darüber notgedrungen noch unterhalten, so ist vor Einführung einer Exportsteuer entschieden zu warnen. Eine Drosselung des Exports hätte sehr schnell die schmerzhafteste Wirkung eines Bumerangs.

Der wichtigste Bestandteil des Preisstabilisierungsprogramms ist eine lineare Zollsenkung für Güter der gewerblichen Wirtschaft um 30 vH. Hier sollte man ruhig gleich einen Schritt weitergehen und einen Teil der gewerblichen Zölle — wenigstens vorübergehend — ganz abbauen. Die Einbeziehung der Finanz- und Agrarzölle in das Programm steht leider nicht zur Debatte, weil die beiden zuständigen Minister von vornherein abgewinkt haben und nicht zu erwarten ist, daß sich im Bundestag eine Mehrheit findet, die es wagt, es so kurz vor der Wahl mit der Landwirtschaft zu verderben. Es wäre aber doch schon viel geholfen, wenn die Zollsenkung rasch käme. Durch die endlosen Gespräche über dieses Thema ist der Importhandel unsicher geworden und hat nur sehr vorsichtige Dispositionen getroffen. Wenn nicht bald eine Entscheidung fällt, verpufft die ganze Aktion wirkungslos.

8) Wochenbericht des DIW, Nr. 13 vom 29. März 1957, S. 3.

Seit dem 1. Mai können alle Einwohner der Bundesrepublik Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft sowie Kaffee, Kaffee-Extrakt, Tabak und Tabakwaren bis zum Rechnungsbetrag von 100 DM je Sendung aus allen Ländern per Post beziehen, ohne daß eine Einfuhrgenehmigung beantragt oder eine Einfuhrerklärung abgegeben werden muß. Die Eingangsabgaben für Zoll und Umsatzausgleichsteuer werden jedoch erhoben. Landwirtschaftliche Produkte sind von der Einfuhr dieser Art leider wieder ausgenommen. Man darf sich von diesen Jedermanneinführen keine Wunder versprechen. Sie werden sich in engem Rahmen halten und keinen nennenswerten Einfluß auf das Preis-klima ausüben.

Kreditpolitik

Die hohen Devisenzuflüsse haben die Bankenliquidität erneut stark erhöht. Die Nettoguthaben der Kreditinstitute beim Zentralbanksystem sind beträchtlich gewachsen. Gleichzeitig ist der Bestand an Geldmarktpapieren, die die Kreditbanken von der Notenbank übernommen haben, weiter gestiegen. Da die Wirtschaft flüssig war, ist das Kreditvolumen der Banken zunächst einmal nicht allzusehr ausgedehnt worden. Die Anhäufung liquider Mittel bei den Banken hat deren Kreditmöglichkeiten jedoch erheblich erweitert und sie von der Notenbank unabhängiger gemacht als für die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts gut ist. Im März haben nun aber die Kredite, vor allem die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private, im Zusammenhang mit der lebhafteren wirtschaftlichen Aktivität wieder zugenommen. Die Kreditgewährung war stärker als im Vorjahr, aber auch größer als bei den vorangegangenen großen Steuerterminen.

Die BdL hat dieser Entwicklung natürlich nicht untätig zugesehen. Sie hat, soweit ihr das möglich war, den Banken auf dem Wege über die Offenmarktpolitik Liquidität entzogen. Der Umlauf der Geldmarktpapiere, die von der Notenbank abgegeben wurden, war am 28. März auf 2677 Mill. DM gegen 2438 Mill. D-Mark am 28. Februar gestiegen. Bis zum Ende der ersten Aprilwoche war das Kontingent bis auf einen Rest von 232 Mill. DM ausgeschöpft. Der Spielraum der Bank für ihre Offenmarktoperationen war damit erheblich eingengt worden. Die Umtauschgrenze für offenmarktfähige Ausgleichsforderungen ist zuletzt Anfang Januar von 2 auf 3 Md. DM erhöht worden. Angesichts des schnellen Absatzes der Papiere und der dadurch erzielten Kompensierung eines — wenn auch leider zu geringen — Teiles der Devisenzuflüsse hat die Notenbank erneut eine Erhöhung des Höchstbetrages der Offenmarktreserve auf 4 Md. DM beantragt. Der Bundesfinanzminister hat der Her-

aufsetzung des Plafonds in dem gewünschten Umfang überraschend schnell zugestimmt und auch die Verlängerung der bisherigen Vereinbarungen, die am 30. Juli ausgelaufen wären, bis zum Jahresende gebilligt. Die BdL und das Bundesfinanzministerium halten aber ihre gegensätzlichen Standpunkte in der Frage des Selbsteintrittsrechts des Bundes aufrecht.

Da die Offenmarktpolitik nicht ausreicht, um die Geldmarktfülle zu neutralisieren, hat der Zentralbankrat der BdL nun das Kreditvolumen eingeschränkt. Damit hat er bestätigt, daß die zweimaligen Diskontherabsetzungen nicht als Abkehr von dem seit August 1955 verfolgten restriktiven Kurs zu werten waren. Mit Wirkung vom 1. Mai wurden die Mindestreservensätze für Sichteinlagen inländischer Kunden, für Termin- und für Spareinlagen um 1 vH erhöht. Dadurch werden den Banken rund 500 bis 600 Mill. DM entzogen. In dem Bemühen, das Hereinströmen heißen Geldes einzudämmen, sind auch die Mindestreservensätze für ausländische Einlagen, die bisher in der gleichen Höhe reservepflichtig waren wie die inländischen, erhöht worden, und zwar auf 20 vH bei Sichtverbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern und auf 10 vH bei befristeten Verbindlichkeiten und Spareinlagen. Damit werden rund 150 Mill. DM absorbiert. Schließlich sind die Rediskont-Kontingente der Kreditinstitute generell um 15 vH gekürzt worden, wobei künftig auch die bei Instituten im Ausland in Anspruch genommenen Kredite darauf angerechnet werden. Da die Bruttoverschuldung der Banken bei der BdL mit rund 2,3 Md. DM augenblicklich ziemlich gering ist, kommt dieser Kürzung vorläufig keine allzu große Bedeutung zu.

Abgesehen davon, daß von diesen Maßnahmen zunächst ausschließlich die Banken getroffen werden und ihre Rentabilität gemindert wird, kann der Zentralbankrat die Ursachen der ständigen Liquiditätszunahme, nämlich die hohen Zahlungsbilanzüberschüsse — und die hohen Staatsausgaben — mit seinen kreditpolitischen Instrumenten nicht beseitigen. Es ist anzunehmen, daß die Wirkung der jetzigen Mindestreservenerhöhung durch die Entwicklung des Außenhandels schnell aufgehoben wird. Es bleibt die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die importierte Inflation mit geeigneteren, schärferen Waffen abzuwehren als dies zur Zeit der Fall ist. Es ist allerdings zu befürchten, daß man die Notenbank wie bisher allein hantieren läßt und sich damit beruhigt, daß das freie Spiel der Kräfte irgendwie das Gleichgewicht schon wiederherstellen wird.

Sozialisierung?

Viel Staub hat der Vorsitzende der SPD, *Erich Ollenhauer*, aufgewirbelt, als er vor der Bonner Auslandspresse mitteilte, die Sozial-

demokraten würden für den Fall, daß sie in der nächsten Bundesregierung maßgeblichen Einfluß erhielten, an ihrem Programm einer öffentlichen Kontrolle der Schlüsselindustrien festhalten. Als mögliche Formen der öffentlichen Kontrolle nannte er die Verstaatlichung, die gemischte Eigentumsform und die effektive Kontrolle ohne Berührung der Eigentumsfrage. Daß es sich hierbei nur um eine Aufzählung theoretischer Möglichkeiten handeln konnte, mußte jedem einleuchten, der die sozialdemokratischen Erklärungen zu ordnungspolitischen Problemen in den letzten Jahren verfolgt hat. Verstaatlichung steht nicht im Programm der SPD. Es ist, wenn wir sie recht verstehen, ein Prinzip sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, daß der Staat nicht selbst wirtschaften, sondern nur die Voraussetzungen dafür schaffen soll, daß die Wirtschaft gedeihen kann. Diese können vielfältiger Art sein. Es kann — muß aber nicht — auch Vergesellschaftung sein, so z. B. öffentliches Eigentum der Energieerzeugung.

Der wirtschaftspolitische Experte der SPD, *Dr. Heinrich Deut*, hat die Darlegungen Ollenhauers in dem Sinne erläutert, daß für die SPD gar nicht die Eigentumsfrage entscheidend sei, vielmehr müsse sichergestellt werden, daß die Wirtschaft im Interesse der Gesamtheit arbeite. Irgendwelche ideologischen Gründe spielten bei der ganzen Sozialisierungsproblematik keine Rolle mehr. Alle Erfahrungen der Vergangenheit hätten jedoch gezeigt, daß in den Schlüsselindustrien dort, wo es sich um Riesenaktiengesellschaften handele, von einer echten Kontrolle durch die Aktionäre überhaupt nicht mehr gesprochen werden könne.

Die Auseinandersetzung über die Sozialisierung hat einige Verwirrung gestiftet. Man weiß beim gegenwärtigen Stand der Dinge nicht recht, was nun eigentlich werden soll. Es wäre gut, wenn die Sozialdemokratische Partei hier bald Klarheit schaffen würde.

Richard Becker